

Antrag 2022/II/Verk/2

Jusos Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Hamburg braucht einen Verkehrskonsens – langfristig und für die ganze Stadt

1 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen die Verkehrsentwick-
3 lungsplanung für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel schnellstmöglich, jedoch spä-
4 testens im Jahr 2023, abzuschließen und damit ein ganzheitliches und langfristiges Konzept
5 für die Umsetzung dieses wesentlichen Bestandteils der Mobilitätswende in ganz Hamburg zu
6 erstellen.

7 Dabei sollen bei der Abwägung von Maßnahmen keine vorgefertigten Einschränkungen vorge-
8 nommen werden und beim notwendigen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel neben den
9 bereits beschlossenen Maßnahmen, wie beispielsweise dem Bau von S4 und U5, alle verfüg-
10 baren Verkehrsmittel, inklusive S-Bahn, U-Bahn, Niederflur-Stadtbahn und Bus auf sachlicher
11 Basis entsprechend ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen in Betracht gezogen werden.

12 Das Verfahren soll von einer geeigneten Institution fachlich begleitet werden, um sicherzu-
13 stellen, dass bei der Entscheidungsfindung ausschließlich sachlich fundierte Kriterien zur An-
14 wendung kommen. Außerdem sollen betroffene Interessenverbände in die Planung einbezo-
15 gen werden.

16 **Begründung**

17 Das ständige Aufflammen von Diskussionen über notwendige Maßnahmen zur Umsetzung der
18 Mobilitätswende in Hamburg gepaart mit Forderungen, Vorhaben zu stoppen, welche sich be-
19 reits in der Vorbereitung oder der Umsetzung befinden, zeigt, dass es bisher sowohl in der Poli-
20 tik als auch darüber hinaus keine Einigkeit über die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung
21 der Mobilitätswende gibt.

22 Dabei ist zumindest bei den großen Maßnahmen, wie dem Bau der U5, ein minimaler Konsens
23 notwendig, um diese Vorhaben nicht zu gefährden. Charakteristisch für diese Maßnahmen ist
24 die lange Realisierungszeit über viele Legislaturperioden, wodurch diese auch Wahlen und ge-
25 gebenenfalls neue Regierungskonstellationen überstehen müssen.

26 Das Fehlen eines fertigen Verkehrsentwicklungsplans bewirkt auch, dass bisher ein ganzheit-
27 licher und langfristiger Plan zur Weiterentwicklung der öffentlichen Verkehrsmittel über die
28 nächsten Jahrzehnte fehlt. So gibt es zum Beispiel bisher keine Konzepte, wie Teile des Bus-
29 netzes aufgewertet werden können, welche auch nach der Kapazitätserhöhung im Rahmen
30 des Busbeschleunigungsprogramms überlastet und unwirtschaftlich sind aber aufgrund des
31 dennoch zu geringen Fahrgastpotenzials nicht durch Schnellbahnen ersetzt werden können,
32 obwohl dies im aktuellen Koalitionsvertrag festgelegt ist.

33 Bei der Fertigstellung des Verkehrsentwicklungsplans müssen sachlich korrekte Kriterien zu-
34 grunde gelegt werden und alle Aspekte und Interesse abgewogen werden, um so eine mög-
35 lichst breite Mehrheit in Politik und Bevölkerung hinter dem Verkehrsentwicklungsplan zu ver-
36 einen. So kann auch ein möglicher Widerstand in Bevölkerung oder durch Interessenverbände
37 vermieden werden.

38 Für die Umsetzung der Mobilitätswende und das Erreichen des vereinbarten Ziels für das Jahr
39 2030, den Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel am Gesamtverkehrsaufkommen auf 30 % zu
40 erhöhen, verbleiben nur noch acht Jahre. Die Sicherstellung der Umsetzung möglichst vieler
41 Maßnahmen bis dahin muss daher oberste Priorität haben.